

Protokolleintrag vom 04.10.2006

2006/441

Interpellation von Roger Liebi (SVP) und Monika Erfigen (SVP) vom 4.10.2006: Standortförderung, Schlussfolgerungen für den Stadtrat aus einer Studie

Von Roger Liebi (SVP) und Monika Erfigen (SVP) ist am 4.10.2006 folgende *Interpellation* eingereicht worden:

In einer soeben veröffentlichten Studie der Firma Ernst&Young, basierend auf einer Umfrage bei ausländischen Führungskräften, werden die wichtigsten Punkte zur Standortförderung präsentiert.

Dabei erstaunt, dass die 4 meistgenannten Problemstellungen alles solche sind, von welchen der Zürcher Stadtrat in seinen Hochglanzpapieren immer wieder behauptet, sie seien eher mittelmässiger Gewichtung. Es sind dies in der Reihenfolge 1–4: Vereinfachung administrativer Prozesse (37% der Nennungen), Tiefere Gewinnsteuer (30%), Besondere steuerliche Regelungen z. B. für Holdinggesellschaften (28%), Tiefere Steuern für ausländische Manager (26%).

Abgeschlagen auf den letzten 3 Rängen der Nennungen folgen: Mehr öffentliche Mittel für start-ups (9%), öffentliche Gelder für internationale Schulen (4%), mehr internationale Anlässe (0%). Kulturförderung wurde überhaupt nicht genannt.

Immerhin nehmen die Interpellanten erfreut zur Kenntnis, dass in den letzten Monaten einige bekannte Firmen mit weltweiter Marktführerschaft in ihrem jeweiligen Segment in der Stadt Zürich angesiedelt werden konnten, wenn auch zum Teil mit personell recht kleinen Teilsparten.

Ernst&Young beschreibt trotzdem, ähnlich übrigens wie die Credit Suisse in einer Studie im Auftrag der GZA, die zunehmende Standortkonkurrenz anderer Staaten wie z. B. Irland, welche v. a. auf tiefen Steuersätzen basiert. Tatsächlich ist Irland eines der meistaufstrebenden Länder auch für die Arbeitnehmer. In diesem Zusammenhang bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie kommentiert der Stadtrat die zitierte Studie von Ernst&Young?
2. Welche Schlüsse zieht der Stadtrat aus der Tatsache, dass die 4 erstgenannten Anliegen ausländischer Manager mit Administration und Steuern zu tun haben?
3. Wie erklärt sich der Stadtrat die fundamentale Diskrepanz der Hauptargumente bezüglich seiner eigenen Auswertungen?
4. Welche Massnahmen leitet der Stadtrat aus der Tatsache ab, dass andere europäische Staaten und Städte v. a. aus steuerlichen Gründen Firmen und deren Manager anziehen?
5. Hat der Stadtrat Kenntnis darüber wie viele der Arbeitnehmer ausländischer Firmen in der Stadt Zürich auch in Zürich wohnhaft sind und dementsprechend hier Steuern bezahlen? Wenn ja, bitten wir um Angabe der Anzahl im Verhältnis zu der Gesamtzahl der Angestellten dieser Firmen. Wenn nein, bitten wir um die Begründung der fehlenden Erfolgskontrolle.
6. Wie viele ausländische Firmen siedelten sich seit 1.1.2000 bis heute in der Stadt Zürich an? Wie viele verliessen die Stadt im gleichen Zeitraum?
7. Wie viele Mitarbeiter beschäftigten diese Firmen per 30.6.2006?
8. In welchem prozentualen Verhältnis zum gesamten Steuerertrag juristischer Personen steht jener der ausländischen Firmen in der Stadt Zürich? Wie viele der Firmen bezahlen >CHF 50 000.– Steuern/Jahr, wie viele >CHF 75 000.–, wie viele > 100 000.–, wie viele >500 000.–, wie viele >CHF 1 Mio.?
9. Welche Möglichkeiten erwägt der Stadtrat, um nicht nur ausländischen Firmen, sondern auch deren Mitarbeitern ein Domizil in der Stadt Zürich schmackhaft zu machen?
10. Strebt der Zürcher Stadtrat, in Zusammenarbeit mit der GZA und dem Kanton Zürich, steuerliche Verbesserungen für ausländische Firmen und deren Topmanager an? Wenn nein, weshalb nicht?